

# Aufschub für die Soldaten: Bundestag verlängert Bundeswehreinätze

**BERLIN.** Weltweit ist die Bundeswehr in Konfliktregionen im Einsatz. Gestern hat der Bundestag fünf Auslandsmissionen der Truppe um jeweils drei Monate verlängert. Die Abgeordneten stimmten mit großer Mehrheit für eine Verlängerung der Einsätze in Afghanistan und Mali, der Beteiligungen am Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) und der Anti-Terror-Mission im Mittelmeer. Heute soll noch über die UN-Einsätze im Sudan und im Südsudan abgestimmt werden.

Die lang andauernde Hängepartie bei der Regierungsbildung ist die Ursache für die ungewöhnliche Kurzzeitverlängerung. Die Mandate der sieben Einsätze laufen teils Ende dieses Jahres, teils Ende Januar 2018 aus. Sie sollen bis Ende März oder Ende April 2018 verlängert wer-

den, um außenpolitische Kontinuität sicherzustellen. Über die künftige Ausgestaltung der Missionen soll dann die nächste Bundesregierung entscheiden.

Union, SPD und FDP stimmten für die dreimonatige Verlängerung der Ausbildungsmission in Afghanistan, Linke, AfD und die Mehrheit der Grünen dagegen. Der größte Einsatz der Truppe läuft seit 16 Jahren, inzwischen nur noch als Ausbildungsmission. Derzeit sind rund 1080 deutsche Soldaten dort im Einsatz. Die Nato will wegen der verheerenden Sicherheitslage aber wieder mehr Truppen an den Hindukusch schicken. Der CDU-Verteidigungspolitiker Henning Otte aus Eversen sprach von einer „Brandwache“. Man müsse die Kräfte vor Ort halten, damit keine neuen Konflikte aufflammten.

Die Bundeswehr wird sich auch weiterhin in Syrien und im Irak am Kampf gegen den IS beteiligen. Der Bundestag beschloss die Verlängerung der Mission „Counter Daesh“ – die Unterstützung der Luftangriffe der internationalen Allianz gegen den IS mit Tornado-Aufklärungsflugzeugen und einem Tankflugzeug. Auch die Ausbildung kurdischer Peschmerga im Nordirak wurde verlängert.

„Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind wichtig für die Sicherheit hier in Deutschland“, sagte Otte. Wir verlängern die Einsätze vorerst nur um bis zu drei Monate. Einerseits unterstreichen wir so die Verlässlichkeit der Bundesregierung, andererseits vermeiden wir so, einer neuen Bundesregierung vorzugreifen.“ (dpa/og)